



# HESSISCHER LANDTAG

15. 05. 2025

WVA

## Dringlicher Berichts Antrag

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD),  
Dimitri Schulz (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)**

### **Klärung der Umstände zur geplanten Schließung des Bayer-Crop-Science-Standorts Frankfurt-Höchst und Zukunft der chemischen Industrie in Hessen**

Die angekündigte Schließung des Bayer-Standorts im Industriepark Frankfurt-Höchst betrifft über 500 Arbeitsplätze und wirft Fragen zur Kommunikation zwischen Landesregierung, Konzernleitung und Belegschaftsvertretungen auf. Angesichts der aktuellen Debatte um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Unternehmen, deren zunehmenden, regulatorischen Belastungen sowie energiepolitischen Rahmenbedingungen, sehen wir dringenden Klärungsbedarf.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) über folgende Punkte zu berichten:

1. Mit welchen Vertretern der Bayer AG (Vorstand, Werksleitung Höchst, Konzernzentrale) haben der Hessische Wirtschaftsminister, die Staatssekretäre oder andere Vertreter des Ministeriums seit Bekanntwerden der Schließungspläne direkte Gespräche geführt?  
Bitte um Auflistung mit Datum, Gesprächspartner und Zusammenfassung der Gesprächsinhalte.
2. Falls keine Gespräche mit der Konzernleitung stattfanden oder geplant sind: Warum hat die Landesregierung nicht aktiv Vermittlungsgespräche sowohl mit Arbeitnehmervertretern wie mit der Arbeitgeberseite initiiert?
3. Wie bewertet die Landesregierung die öffentliche Positionierung des Wirtschaftsministers, die sich in Wortwahl und Argumentation eng an die Sichtweise der Gewerkschaften und des Betriebsrates anlehnt und dadurch einen möglichen Widerspruch zur Rolle des Ministers als neutraler Vermittler zwischen den Interessen von Unternehmen und Beschäftigten darstellt?
4. Welche konkreten, regulatorischen Vorgaben (EU-, Bund- oder Landesebene) wurden seitens Bayer im Rahmen der Werkschließungen gegenüber der Landesregierung als wettbewerbshemmend benannt?
5. Inwieweit sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen den gestiegenen Industriestrompreisen und der Entscheidung für die Verlagerung von Produktionskapazitäten?
6. Welche klimapolitischen und regulatorischen Maßnahmen der EU-, Bundes- oder Landesebene (z. B. CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Förderstopp für bestimmte Chemikalien) wurden von Bayer als Hemmnis für die Produktion in Frankfurt-Höchst angesehen?
7. Liegen der Landesregierung Studien oder betriebswirtschaftliche Risikoanalysen vor, die einen kausalen Zusammenhang zwischen der aktuellen Klimapolitik und dem Arbeitsabbau in der chemischen Industrie prognostizieren?
8. Sieht die Landesregierung eine Gefahr, dass die aktuellen regulatorischen Belastungen in Hessen dazu führen könnten, dass weitere chemische und pharmazeutische Unternehmen Werksschließungen vornehmen oder ihre Standorte ins Ausland verlagern?

9. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen oder welche plant sie, um den Auswirkungen der aktuellen regulatorischen Belastungen auf die chemische und pharmazeutische Industrie in Hessen entgegenzuwirken und Standortverlagerungen ins Ausland zu verhindern?

Wiesbaden, 15. Mai 2025

**Olaf Schwaier**  
**Klaus Gagel**  
**Dimitri Schulz**  
**Andreas Lichert**  
**Dr. Frank Grobe**